

**Heidrun Bluhm**

(A) (Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich sind 455 Millionen Euro besser als 410 Millionen Euro. Aber auch Sie wissen, Herr Minister: Das wird bei weitem nicht ausreichen, um die anstehenden und unaufschiebbaren Aufgaben, die der demografische Wandel und der Klimawandel uns stellen, auch nur ansatzweise zu erfüllen.

Das sage ich nicht, weil es, wie uns Linken öfter unterstellt wird, zu unserem Naturell gehört, grundsätzlich immer mehr zu verlangen, sondern weil nun völlig klar auf der Hand liegt, dass die von uns geforderten 530 Millionen Euro pro Jahr die unterste Grenze dessen sind, was die Städte für die Gestaltung brauchen, und dass die Bundesrepublik Deutschland die selbstgesetzten Klimaschutzziele im Gebäudebereich so nicht einmal zur Hälfte erfüllen kann. Die Bundesregierung präsentiert sich gern als klimapolitischer Musterknabe und zeigt – das Kioto-Protokoll in der einen Hand – mit dem ausgestreckten Zeigefinger auf andere. Dieser Finger ist aber nackt.

Wir sind nicht besser als andere, auch wenn wir so tun, als seien wir die Größten. Im Gegenteil: Wir sind der größere Umweltstörer, weil unsere Klimaschutzziele viel größer sind als anderswo. Wir nutzen sie aber nicht, sondern wir lassen die Möglichkeit liegen. Man nennt das auch „schuldhafte Unterlassung“.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Im vorigen Jahr haben Sie angekündigt, dass die Kürzungen der Haushaltsmittel für die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung durch die Einnahmen aus dem Energie- und Klimafonds in Höhe von 500 Millionen Euro kompensiert werden. Ich habe mich in Ihrem Haus erkundigt, und Herr Scheuer hat freundlicherweise geantwortet: Ganze 75 Millionen Euro sind dort bis September 2011 eingegangen. Zur Erinnerung: 1,5 Milliarden Euro waren geplant. Das ist also nur ein Sechstel dessen, was allein die KfW für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm im Jahre 2011 zugesagt bekam.

Sie, Herr Minister, geben der KfW für 2012 die Versicherung, dass die Kofinanzierung der bereits erteilten Kreditzusagen in Höhe von 813 Millionen Euro mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 500 Millionen Euro gegenfinanziert wird. Woher soll das kommen?

(Sören Bartol [SPD]: Ja, genau!)

Aus den Krediten des Finanzministers für den Energie- und Klimafonds. Das ist nicht nur ein Haushalt neben dem Haushalt ohne Eingriffsrechte des Parlaments, sondern das ist auch Bankenmanier à la Euro-Krise.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Finanzierung des Klimaschutzes muss dauerhaft durch den Bundeshaushalt sichergestellt werden und darf nicht von der beliebigen Verfügungsgewalt irgendeines Ministers abhängig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie der Abg. Sören Bartol [SPD] und Sven-

Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] (C)

Aus dem kürzlich vorgestellten Demografiebericht der Bundesregierung ergeben sich zwangsläufig und ohne ideologische Wertung dringlichste Konsequenzen für den massiven Ausbau des altersgerechten Wohnens, für die Ausgestaltung des Wohngeldes und für die Fortführung der allgemeinen Wohnraumförderung über 2013 hinaus. Aber der Haushaltsansatz 2012 geht genau in die entgegengesetzte Richtung.

Das für mich Unbegreifliche ist die wirtschaftliche Ignoranz, die im Einzelplan 12 deutlich wird. Ihre sozialpolitischen Denkansätze kann ich nachvollziehen, auch wenn ich sie nicht teile. Ich wiederhole für Sie – das wurde schon wer weiß wie oft gesagt –: Sie sparen mit den Kürzungen beim Städtebau nichts. Die Städtebauförderung ist keine Subventionssünde, sondern ein Wirtschaftsmotor.

Minister Schäuble hat am Mittwoch gesagt, dies sei ein wirtschaftsfreundlicher Haushalt. Mit diesem Einzelplan leisten Sie aber keinen Konsolidierungsbeitrag, sondern Sie treten auf die Konjunkturbremse.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie verhindern Investitionen und leisten damit der sozialen Spaltung Vorschub. Letzteres mag Ihnen ja egal sein, mir nicht.

Eine letzte, leider unvermeidliche Bemerkung: Vielleicht hätten Sie vor der Umwidmung der Mittel für das Programm „Die soziale Stadt“, wonach sie ausschließlich im investiven Bereich zu verwenden sind, eine Evaluation des Programms vornehmen sollen;

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja! – Florian Pronold [SPD]: Gibt es ja! Gibt es sogar!)

denn dann hätten Sie unter Umständen selbst gemerkt, dass Sie den Städten damit eine Präventionsmaßnahme gegen Rechtsextremismus aus der Hand nehmen,

(Sören Bartol [SPD]: Ganz genau!)

und müssten heute dafür keine neuen Programme erfinden.

(Sören Bartol [SPD]: Sehr gut!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Die Kollegin Claudia Winterstein hat nun für die FDP das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Claudia Winterstein (FDP):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim Einzelplan 12 standen wir vor der großen Herausforderung, einerseits die Vorgaben der Schuldenbremse zu erfüllen

**Dr. Claudia Winterstein**

- (A) und andererseits die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur nach Möglichkeit zu erhöhen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Und sind gescheitert!)

– Im Gegenteil, Herr Kahrs. – Der Koalition ist es mit dem vorliegenden Haushalt sehr wohl gelungen, beides miteinander in Einklang zu bringen.

(Sören Bartol [SPD]: Euch ist in zwei Jahren noch gar nichts gelungen!)

Wir haben dort, wo es notwendig war, die Mittel mit Augenmaß erhöht, und dort, wo es möglich war, Einsparungen vorgenommen und Ausgaben gekürzt.

Mit dem Einzelplan 12 leisten wir einen äußerst wichtigen Beitrag für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung. Eine funktions- und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung für den Wirtschaftsstandort Hannover.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, der „Wirtschaftsstandort Hannover“ ist auch wichtig! – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Wirtschaftsstandort Hannover“?)

– Für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Bundesweit gibt es zurzeit 102 baureife Straßenprojekte, wo wir unmittelbar mit dem Spatenstich beginnen könnten. Um solche Infrastrukturmaßnahmen auch entsprechend finanzieren zu können, haben wir den Verkehrsetat um insgesamt 1 Milliarde Euro erhöht.

(B)

Herr Kahrs, seien Sie also ganz gespannt auf die Liste, die wir Ihnen im März vorlegen werden. Sie können sich darauf verlassen: Sie wird sehr ausgewogen sein, genauso ausgewogen wie die Aufteilung dieser Milliarde.

Wir haben für 2012 die Mittel für die Bundesfernstraßen um 400 Millionen Euro, für 2013 um 200 Millionen Euro erhöht. Wir haben für die Schienenwege in diesem Jahr 40 Millionen Euro und im nächsten Jahr 60 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Damit – auch das ist uns allen klar – ist der Investitionsstau natürlich noch nicht beseitigt. Aber den jahrelangen Investitionsstau haben wir in erster Linie den SPD-Verkehrsministern zu verdanken.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Johannes Kahrs [SPD]: Das waren gute Minister!)

Außer Konjunkturprogrammen gab es im Prinzip nichts.

(Johannes Kahrs [SPD]: Na, na!)

Ihre Verkehrsminister haben in elf Jahren nichts auf den Weg gebracht.

(Johannes Kahrs [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht! – Sören Bartol [SPD]: Ich glaube, das sieht die gesamte Verkehrsszene aber anders! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Selbst in Hannover wurde gebaut!)

(C) Ich erinnere an fehlende Investitionen in marode Brücken. Die Brücken bröckeln nämlich nicht erst seit heute, die bröckeln schon länger.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sagen, wir hätten jetzt erst mit dem Bau der Schleuse in Brunsbüttel angefangen. Wer hat Sie denn in den vergangenen Jahren gehindert, den Neubau der Schleuse in Angriff zu nehmen?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit zehn Jahren warten wir auf die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Zehn Jahre haben Sie dieses Thema verschleppt. Wir sind diejenigen, die es jetzt in Angriff nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuerufe von der SPD: Oh!)

Ein weiteres Thema ist der Missbrauch der Mautmittel. Sie haben die Mautmittel im allgemeinen Haushalt verfrühstückt und nicht für Investitionen in die Straße ausgegeben.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist unsere Hotel-FDP!)

Sie haben uns wahrlich eine sehr schwere Hypothek hinterlassen.

(Sören Bartol [SPD]: 2-Prozent-Splitterpartei! – Johannes Kahrs [SPD]: Für 2 Prozent sind Sie zu laut!)

(D)

Besonders dramatisch ist der Bereich der Bundeswasserstraßen. Der Nord-Ostsee-Kanal – das ist vorhin schon gesagt worden – ist mit 43 000 Schiffsbewegungen pro Jahr die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Nachdem wir Sie genötigt haben!)

Dennoch wurden die notwendigen Investitionen in den letzten Jahren immer wieder verschoben. Das ist doch eine Tatsache, Herr Kahrs. Da brauchen Sie gar nicht drum herumzureden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Johannes Kahrs [SPD]: Sie haben das Geld aus dem Haushalt rausgenommen! – Sören Bartol [SPD]: Ohne rot zu werden!)

– Das brauche ich auch nicht. – Die 97 Jahre alte Doppelschleuse in Brunsbüttel kann schon lange nicht mehr den Anforderungen gerecht werden. Durch die häufigen Reparaturen gibt es hohe Ausfallzeiten an der Schleuse. Der volkswirtschaftliche Schaden ist erheblich.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Winterstein, darf der Kollege Kahrs Ihnen eine Zwischenfrage stellen?

- (A) **Dr. Claudia Winterstein (FDP):**  
Nein, ich würde gerne fortfahren.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Warum haben Sie, Herr Kahrs, nicht schon vor Jahren mit dem Bau begonnen?

(Johannes Kahrs [SPD]: Ich hätte Sie nur gefragt, warum Sie das Geld aus dem Titel herausgenommen haben für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung!)

Dabei bleibt es. Der Frage müssen Sie sich stellen. Darüber können Sie mir nichts Großes berichten.

Wir haben jetzt 300 Millionen Euro in die Hand genommen. Bereits im nächsten Jahr wird mit dem Bau der Schleuse begonnen. Freuen Sie sich doch einfach! Das ist für die Schifffahrt auf dem Nord-Ostsee-Kanal, die norddeutschen Häfen und die Wirtschaft einer ganzen Region eine sehr wichtige, positive Nachricht.

Eines muss allen Beteiligten bewusst sein: Der Finanzierungsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur wird in Zukunft natürlich weiter steigen, die Finanzierungsmöglichkeiten hingegen vermutlich nicht in dem Maße. Die jüngste Mitteilung des Bundesrechnungshofs zeigt, dass das derzeitige Finanzierungssystem im Bereich der Bundesstraßen, sagen wir einmal, zur Großzügigkeit verleitet. Wenn die Länder bestellen und der Bund bezahlt, bleibt die Sparsamkeit des Öfteren auf der Strecke.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

- (B) Wir brauchen daher eine effektive Mittelverwendung. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt auch! Sie können es doch machen!)

In diesem Zusammenhang haben wir im Haushalt mehr Transparenz geschaffen.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie das Gegenteil von dem, was Sie sagen?)

Wir haben die Einnahmen und Ausgaben aus dem Bereich der Lkw-Maut in einem einzigen Kapitel zusammengefasst. Somit ist gesichert, dass die Mittel auch in den Straßenbau fließen und nicht sonst wohin. Alternative Finanzierungsprojekte wie zum Beispiel die öffentlich-privaten Partnerschaften

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Laut Bundesrechnungshof ist das unwirtschaftlich! Dem Haushalter ist der Bundesrechnungshof anscheinend unwichtig!)

und Anreizmodelle wie die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Straße müssen in Zukunft weiterentwickelt und umgesetzt werden.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Bundesrechnungshof sagt, das ist unwirtschaftlich! Kennen Sie den Bundesrechnungshof?)

Die Erfahrungen mit den ersten Projekten, den sogenannten A-Modellen, sind positiv. Mit den ÖPP-Modellen können Baustellenzeiten verkürzt werden, und mit der LuFV Straße könnten Haushaltsmittel bis zu 20 Prozent eingespart und für weitere Projekte genutzt werden. (C)

Ebenso gibt es positive Nachrichten für den Bereich der Städtebauförderung. Die Koalition hat die im Regierungsentwurf enthaltenen 410 Millionen Euro um 45 Millionen Euro aufgestockt. Hier können wir also auf hohem Niveau weitere Projekte finanzieren. Mein Kollege Körber wird dazu noch weitere Ausführungen machen.

Natürlich möchte ich auch noch auf das Dauerthema Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eingehen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Sie wollen die privatisieren! Das ist unsäglich!)

Zu Recht mahnt der Rechnungshof an, dass im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erhebliche Einsparmöglichkeiten vorhanden sind. Aus diesem Grund hat der Haushaltsausschuss eine umfassende Organisationsuntersuchung bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eingefordert. Wir sind da auf einem guten Weg.

(Johannes Kahrs [SPD]: Das wird nichts!)

Nach zehn Jahren werden wir nun endlich zu einem Ergebnis kommen. Wir werden sehen, wie wir das alles dann effektiver gestalten.

Ich möchte zum Abschluss noch einen weiteren wichtigen Aspekt, nämlich die deutsche Seeschifffahrt, ansprechen. Die deutsche Handelsflotte ist ja die drittgrößte der Welt. Im Bereich der Containerschifffahrt stehen wir sozusagen ganz oben auf dem Treppchen. Mit dem Haushalt 2012 hat die Koalition die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass die Erfolgsgeschichte des Maritimen Bündnisses weiter fortgeführt wird. Der Beitrag des Bundes zum Maritimen Bündnis wird jetzt um 29,1 Millionen Euro angehoben. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Verwaltungsrat des Verbandes Deutscher Reeder zugesichert hat, ebenfalls 30 Millionen Euro in das Maritime Bündnis einzubringen. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sagen immer zu! Zahlen tun sie dann nie!)

Das Maritime Bündnis soll in Zukunft die Grundlage für eine verbesserte Förderung der Ausbildung sein und die Reedereien, welche sich besonders um den deutschen Standort bemühen, unterstützen.

Mit dem Einzelplan 12 ist es der christlich-liberalen Koalition gelungen,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Schwarze gelbe Gifttonne heißt das!)

sowohl zu konsolidieren als auch zu investieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun erhält der Kollege Kahrs Gelegenheit zu einer kurzen Intervention.

(Zuruf von der FDP: Er hat doch schon geredet!)

**Johannes Kahrs (SPD):**

Das stimmt, ich habe schon geredet. Aber man muss zumindest auf etwas antworten, was falsch ist.

Frau Dr. Winterstein, Sie haben gerade gesagt, dass die SPD in ihrer Regierungszeit nichts getan habe, dass aber Sie jetzt etwas getan haben.

(Beifall bei der FDP)

Erst einmal darf ich feststellen, dass dem nicht so ist. Aber das ist bei Ihrer Regierung ja zu erwarten.

Zweitens kann ich Ihnen sagen: Im normalen Haushalt haben Sie für den Nord-Ostsee-Kanal, dessen Bedeutung Sie hervorgehoben haben, nichts gemacht. Im normalen Haushalt kommt hierfür überhaupt nichts vor. 1,7 Millionen Euro sind peinlich und beschämend. Daraufhin haben die Sozialdemokraten mit den Lotsenbrüdern vor Ort, den Reedern und allen Akteuren in Schleswig-Holstein über Wochen hinweg Druck gemacht, bis selbst der Minister das zur Chefsache erklärt hat.

(Patrick Döring [FDP]: Nimm dich nicht so wichtig!)

**(B) Immerhin hat er dann festgestellt, wo der Nord-Ostsee-Kanal ist. Das ist doch schon einmal ein Fortschritt.**

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Statt aber dann ein Gesamtkonzept über 1,2 Milliarden Euro zu nutzen, das Ihnen vorgelegt worden ist, haben Sie die schnelle Nummer gemacht. Die 300 Millionen Euro sind anzuerkennen. Immerhin merkt man, dass Sie sich bewegen.

Aber zu sagen, dass die SPD-Verkehrsminister nichts getan hätten, ist glatt geschwindelt. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat in ihrer Regierungszeit über 400 Millionen Euro in die Haushaltstitel eingestellt, die Sie wieder herausgenommen und für andere Dinge verwendet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wäre der Druck aus Schleswig-Holstein nicht gekommen, dann hätten Sie jetzt wieder nichts gemacht, nachdem Sie die Titel vorher leergeräumt haben. Deswegen ist das, was Sie hier tun, eine gerechte Entschädigung, aber auch nicht mehr. Lob verdienen Sie nicht.

(Beifall bei der SPD – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sage: Wer uns kennt, weiß, dass wir auf Druck gar nicht reagieren!)

**Dr. Claudia Winterstein (FDP):**

Herr Kahrs, das, was Sie hier präsentiert haben, war eine wunderschöne Märchenstunde.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Toll, wenn Sie erzählen, was Ihre SPD-Minister in elf Jahren alles gebaut und in was sie investiert haben. Gucken Sie sich nur einmal ein Beispiel an: Vor der Einführung der Maut war der Haushalt für den Straßenbereich genauso hoch wie danach. Da frage ich Sie: Wo sind eigentlich diese 3,6 Milliarden bis 4,6 Milliarden Euro geblieben? Sie sind nicht in den Straßenbau geflossen, sondern im Nirwana des Haushalts verfrühstückt worden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich frage Sie weiter: Warum haben Sie die 300 Millionen Euro für die Brunsbütteler Schleuse nicht eher zur Verfügung gestellt?

(Johannes Kahrs [SPD]: Als das Planungsrecht da war, war das Geld da!)

Sie wollen doch nicht behaupten, dass wir das jetzt nur aus wahltaktischen Gründen tun. Ich habe Ihnen ja gerade vorgeführt, wie wichtig der Nord-Ostsee-Kanal ist. Angesichts dessen müssten Ihnen eigentlich die Haare zu Berge stehen,

(Johannes Kahrs [SPD]: Mit dem Planungsrecht kam das Geld!)

und Sie müssten sich dafür entschuldigen, dass Sie nicht schon in den letzten fünf Jahren damit angefangen haben, diese Schleuse neu zu bauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Stattdessen ist immer nur hier ein bisschen, dort ein bisschen daran herumgewerkelt worden. Die Reparaturzeiten haben zu einem ganz großen volkswirtschaftlichen Schaden geführt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Erst das Planrecht, dann das Geld!)

Sie müssen einfach einmal die Realitäten sehen und dürfen Ihre SPD-Minister nicht glorifizieren. Da gibt es nämlich schlichtweg nichts zu glorifizieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Johannes Kahrs [SPD]: Gute Minister waren das!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist nun der Kollege Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/Die Grünen.

**Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Etat für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist der größte Investitionshaushalt im Bundeshaushalt, also ein Haushalt, mit dem man ganz viel gestalten, steuern und umbauen kann. Doch was sehen wir in Ihrem Haushalt? Es gibt kein nachhaltiges Konzept für die Verkehrswende. Es gibt kein Konzept, um auf die klimapolitischen Herausforderungen einzugehen. Es gibt kein Konzept, um auf neue Mobilitätsformen einzugehen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Wohl war!)

(C)

(D)